



Es wird Zeit, einen Weckruf nach Berlin zu senden und ein Beispiel christlicher Verantwortung für unser Land in Erinnerung zu rufen.

Friedhelm Wachs (Leipzig) ist stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer in Deutschland (AEU) sowie Geschäftsführender Gesellschafter der Wachsonian GmbH.

Jamaika braucht den Geist von Freiburg

Liebe Leserin, lieber Leser,

in den letzten Tagen haben mir vier Teilnehmer der Sondierungsgespräche in Berlin ihr Leid geklagt. Dabei ging es nicht etwa um die große Linie für unser Land, sondern nur um eins: um Angst. Angst vor Neuwahlen. Angst vor einem Untergang in vier Jahren. Angst vor den Wahlen in Bayern. Angst vor den Wahlen in Sachsen. Angst um persönliche Posten.

Angst statt Gestaltungswille. Angst statt Gottvertrauen. Das politische Berlin kümmert sich nicht um das Grundsätzliche als Kompass. Es verhakelt sich im Gestrüpp wöchentlicher Umfragen und in Angst. Wo ist da mein Gott?

Es wird Zeit für einen Weckruf

Es wird Zeit, einen Weckruf nach Berlin zu senden und ein Beispiel christlicher Verantwortung für unser Land in Erinnerung zu rufen, das vor genau 75 Jahren vom 17. bis 19. November 1942 in einer Geheimtagung in Freiburg formuliert wurde. Dabei waren die Autoren vom Tode durch die nationalsozialistischen Tyrannen bedroht. Es geht um den von Dietrich Bonhoeffer in Weisung der Bekennenden Kirche beauftragten Entwurf einer Nachkriegsordnung „Politische Gemeinschaftsordnung – Ein Versuch zur Selbstbestimmung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit“ und hier um den just vor 75 Jahren formulierten „Anhang 4: Wirtschafts- und Sozialordnung“, der die Blaupause für unsere Soziale Marktwirtschaft bildet. Dieses Konzept sollte mit Blick auf die rasanten Veränderungen durch die Digitalisierung überarbeitet werden. Jetzt! Von denen, die die Regierung bilden wollen.

Wie wäre es, auch ohne unmittelbare Bedrohung an Leib und Leben einen „Versuch zur Selbstbestimmung des christlichen Gewissens für die politischen Gestaltungsauf-

gaben des 21. Jahrhunderts“ zu formulieren und daraus die aktuelle Politik abzuleiten?

Was bedeutet es, wenn weniger als 10 Menschen über die Hälfte des Weltvermögens verfügen?

Dabei ist auch in dieser Weiterentwicklung die Einhaltung der aus dem Glauben hergeleiteten Prinzipien einzufordern, wie z. B. ein freiheitliches Menschenbild (Galater 5,1), das Subsidiaritätsprinzip, Ordnungspolitik vor Prozesspolitik, eine wirksame Wettbewerbsordnung – gerade auch in Zeiten einer notwendigen Neudefinition des Monopolbegriffs. Was bedeutet es für die christliche Sendung zu Freiheit und Verantwortung, wenn weniger als 10 Menschen über die Hälfte des Weltvermögens verfügen? Wenn deren Geld in Wettbewerbsfirmen wie BMW und VW gleichzeitig massiv investiert ist und damit dieser Mensch auf beiden Seiten Einfluss ausübt? Wenn die Plattformökonomie wie beispielsweise bei Google, Amazon, Facebook und Apple monopolbildend wirkt?

Entscheidungen aus dem christlichen Glauben

Es gilt, die ethische Fundierung politischer Entscheidungen aus dem Glauben einzubinden und die soziale und wirtschaftliche Ordnung weiterhin aus dem christlichen Glauben herzuleiten, wie es der Kreis um Bonhoeffer getan hat. Und es geht darum, das sichtbar zu machen.

Es wird Zeit, dass sich gerade die Christen in den Koalitionsgesprächen auf diese Prinzipien besinnen und Politik wieder vom Grundsätzlichen zum Konkreten formulieren. Wie die Menschen um Bonhoeffer. Ohne Angst.

Es grüßt Sie herzlich Ihr